



Liebe Mitglieder, liebe Freunde der CDL,

wir dürfen dem Bundesamt für Statistik, das weder für gute noch für schlechte Zahlen selbst verantwortlich ist, als Lebensschützer eigentlich auch einmal herzlich Dank sagen.

Mit großer Selbstverständlichkeit veröffentlicht es seit vielen Jahren die Quartalszahlen der gemeldeten Abtreibungen und kommt damit schlicht und nüchtern der Pflicht nach, die das Bundesverfassungsgericht am 28. Mai 1993 ausdrücklich vor allem dem Parlament auferlegt hat.

Der Gesetzgeber hat diese Aufsicht und Beobachtung über die Abtreibungsentwicklung jedoch mit Ausnahme der Novellierung bei der Spätabtreibung offensichtlich einfach an die Statistiker delegiert.

Von einer Umsetzung des Gebotes der Nachbesserung des Gesetzes angesichts bleibend hoher Abtreibungszahlen ist der Gesetzgeber inzwischen so weit entfernt wie die Grünen von der Kernenergie.

Nach den alarmierend niedrigen Geburtenzahlen (nur 651.000 in 2009) hat das Statistische Bundesamt im Juni die Abtreibungszahlen des ersten Quartals 2010 veröffentlicht:

Sie sind auf hohem Niveau noch gestiegen! 29.795 Kinder wurden allein in den ersten drei Monaten das Recht auf Leben verwehrt. Ein unbegreifliches, schweigend vorgenommenes, tödliches Geschehen, das inzwischen zum ganz normalen Alltag geworden scheint.

Dennoch dürfen wir uns aus Achtung vor jedem menschlichen Leben nie daran gewöhnen und das Verschweigen dieser vielen, stillen Tragödien in unserer unmittelbaren Gegenwart nicht zulassen!

Fast 70 % der betroffenen Frauen ist zwischen 20 und 35 Jahre alt, die meisten ledig (56%), aber 40 % sogar verheiratet.

Jede von ihnen, da bin ich sicher, hat sich nur ganz schweren Herzens und in sehr vielen Fällen gedrängt und verzweifelt zu einer Abtreibung entschlossen. Die allermeisten von ihnen werden ein Leben lang in irgendeiner Weise damit ringen, auch mit den Folgen. Doch wer will das hören?

Nach wie vor wird Abtreibung als beste Lösung für die Mutter und ein unerwünschtes Kind öffentlich breit propagiert. Wieviel zerstörtes Leben und Lebensglück aber bringt in Wirklichkeit jede einzelne Abtreibung auf Dauer mit sich? Und wie viele Frauen - und auch Männer - sind damit schwer belastet?

Für 41 % der Schwangeren wäre es ihr erstes Kind gewesen; das wird keine Frau je vergessen. Der Staat muß endlich aus der 90%igen Mitfinanzierung der Abtreibung aussteigen, denn er setzt damit völlig falsche Signale an alle, vor allem aber an die junge Generation!

Wir selbst müssen weiter und beständig mahnen, aufrütteln, informieren, aufwecken! Deshalb unterstützen Sie bitte ganz persönlich unsere Arbeit und am 18. September in Berlin unseren „Marsch für das Leben“. Jedes einzelne Gespräch, jede Aktion

kann dazu beitragen, ein ungeborenes Kind zu retten!

In herzlicher Verbundenheit grüßt Sie Ihre

Mechthild Löhr
Bundesvorsitzende

PS: Die Abtreibungs-Statistik für das 1. Quartal 2010 nach Bundesländern: Seite 8.

Niedrigste Geburtenzahlen seit 1946 erfordern Neuorientierung in der Familienpolitik

Die CDL fordert als Konsequenz aus den im Jahr 2009 dramatisch auf 65.000 Kinder zurückgegangenen Geburtenzahlen ein radikales Umdenken in der Familienpolitik:

„Wenn Frau Schröder als Grund für den Rückgang der Geburten angibt, daß die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter allein in den letzten vier Jahren um eine halbe Million zurückging, ist das einerseits leider richtig. Eine Ursache dafür sind die seit 1975 ca. acht Millionen Abtreibungen.

Andererseits muß sie sich aber fragen lassen, warum die weiterhin sinkenden Jahrgangszahlen der Gebärfähigen nicht bereits als Ursache für sinkende Abtreibungszahlen genannt werden?

Im Gegenteil: Hier feiert man den minimalen Rückgang auf 110.700 im Jahr 2009 gemeldeten Abtreibungen sogar als politischen Erfolg, weil die Instrumente des § 218 zum Schutz des ungeborenen Kindes angeblich greifen würden.

Diese Aussagen sind eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Es kann nicht sein, daß man Fakten nur dann gelten lassen will, wenn es zur Erklärung der eigenen Politik dienlich erscheint. Geburten und Abtreibungen müssen im Verhältnis gesehen werden.

Um eine ehrliche und transparente Analyse der konkreten Geburten- und Abtreibungszahlen durchführen zu können, muß zukünftig das Statistische Bundesamt die Zahlen zeitgleich veröffentlichen.

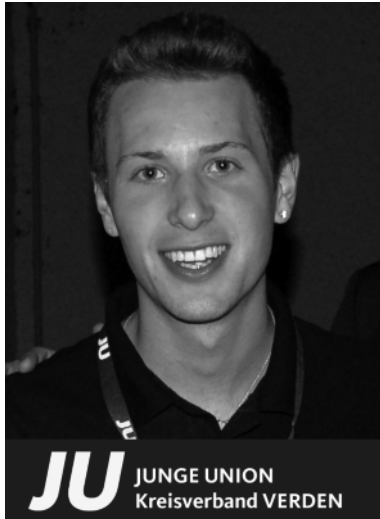
So würde unmittelbar deutlich, daß die deutsche Familienpolitik gescheitert ist und daß im Interesse einer gestärkten Zukunft von Familien und Kindern ein familienpolitischer Neuanfang geboten ist.

Junge Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ein uneingeschränktes „Ja“ zu ihrem Kind, zu ihrer Familie sagen zu können. Kinder bereichern unser Leben und Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft.

Viel zu oft wird von der Politik derzeit der Eindruck vermittelt, daß Kinder eine Belastung darstellen, die man schon in frühester Phase durch staatliche Betreuung wegrationalisieren kann.



Die drastisch abnehmenden Geburtenzahlen zeigen, wie dringend wir ein gründliches Umdenken brauchen - hin zu einer Stärkung der Familien, in der Väter und Mütter ohne wirtschaftliche oder gesellschaftspolitische Zwänge selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben mit Kindern gestalten wollen.“



Echo aus der JU

Liebe CDL-Freunde,
aufgrund der anregenden Briefe anderer JU-Kollegen und der neuesten Ereig-

nisse möchte auch ich mich als Kreisvorsitzender der Jungen Union Verden bei unseren Mitstreitern für die großartige Arbeit bedanken.

Ich schätze die Arbeit und Standpunkte der CDL sehr. Ich meine, dass es wichtig ist, dass sich gerade junge Menschen in der CDL engagieren und Flagge zeigen, daß sie sich für christliche Werte und das „C“ in der Union einsetzen.

Auch ich bekenne mich stolz zur Mitgliedschaft bei den „Christdemokraten für das Leben“ und wünsche uns allen viel Kraft, um auch in Zukunft so aktiv und erfolgreich zu sein.

Herzliche Grüße und beste Wünsche!

Ihr Christopher Dürr
Kreisvorsitzender der Jungen Union Verden

Rußland bekämpft Abtreibungen

IDEA berichtet, daß Rußland die Zahl der Abtreibungen senken will. Hintergrund ist der stetige Bevölkerungsrückgang. Um dem entgegenzuwirken, müsse die hohe Zahl der Abtreibungen reduziert werden, erklärte die Gesundheits- und Sozialministerin des Landes, Tatjana Golikowa.

Allein 2008 kamen auf 1,7 Millionen Geburten rund 1,2 Millionen Abtreibungen. In Deutschland standen im gleichen Jahr ca. 680.000 Geburten 114.500 gemeldete Abtreibungen gegenüber. Lebensrechtsgruppen gehen allerdings davon aus, daß es bundesweit tatsächlich jährlich über 200.000 Abtreibungen gibt.

Ministerin Golikowa räumte ein, daß auch mit einer Eindämmung der Abtreibungen das Geburtenproblem nur „zu 20 bis 30 Prozent“ zu lösen sei. In Rußland leben heute mit 142 Millionen Einwohnern 6 Millionen Bürger weniger als beim Zusammenbruch der Sowjetunion 1991. Präsident Dimitri Medwedew hält es auch für wichtig, stärker gegen Alkohol- und Drogenmißbrauch vorzugehen. Zudem sollen Kinder und Familien besser unterstützt und die Säuglingssterblichkeit reduziert werden.

Kindersegen trotz Koma

Eine 29-jährige Frau namens Tang Yulu, die seit acht Monaten im Koma liegt, konnte im November 2008 in der chinesischen Region Guangxi Zhuang einen gesunden Jungen zur Welt bringen. Das Baby, das vorsorglich per Kaiserschnitt geboren wurde, ist zwar untergewichtig, aber gesund.

Am 26. April fühlte sich Tang Yulu schwindlig und übergab sich. Nachdem sie sofort ins Krankenhaus gebracht wurde, stellten die Ärzte eine Gehirnblutung fest und operierten sie noch am selben Tag, wobei sie ins Koma fiel. Obwohl Tang in der Regel nicht ansprechbar ist, weint oder zwinckert sie manchmal, wie ihr Mann Lu Bin berichtet.

Als Tang Yulu ins Koma fiel, wollte ihre Familie eine Abtreibung durchführen lassen. „Sie begann jedesmal im Bett zu weinen, wenn wir über Abtreibung sprachen,“ sagt Tangs Mutter. „Wir wußten dann, daß sie das Baby haben wollte und entschieden uns gegen Abtreibung.“

Lu Bin pflegt seine Frau und das gemeinsame Kind hingebungsvoll - und er glaubt fest daran, daß sie aus dem Koma wieder erwachen wird.

CDL sagt „Ja zum Kind“

Der folgende interessante Presse-Bericht über die CDL-Arbeit erschien am 22. Mai 2010 in der „Tanus-Zeitung“.

Dieses Foto von Matthias Pieren zeigt die beiden dort erwähnten Lebensrechtler:

Anna Baranowski
(CDL-Pressesprecherin) und
Guido Certa.



«Ja zum Leben des Kindes sagen»

Christdemokratische Initiative fordert
besseren Schutz des Ungeborenen

Von Matthias Pieren

651.000 Geburten in Deutschland standen im vergangenen Jahr rund 110.000 Schwangerschaftsabbrüche gegenüber.

Anne Baranowski und Guido Certa aus dem Hochtaunuskreis setzen sich für den Schutz des ungeborenen Lebens ein.

«Frauen gehen heute zum Schwangerschaftsabbruch wie zum Zahnarzt. Das ist eine ungute Entwicklung. Leider ist das Leben in unserer Gesellschaft nicht mehr absolut geschützt», meint die in Bad Homburg lebende Anne Baranowski.

Als Pressesprecherin des Bundesverbands der Christdemokraten für das Leben (CDL) setzt sie sich wie 30 andere CDL-Mitglieder aus dem Hochtaunuskreis in der der CDU nahe stehenden Initiative für den Schutz des ungeborenen Lebens ein.

Auch der Ortsvorsteher von Wernborn, Guido Certa, ist Mitglied der CDL. Vor 25 Jahren, als die CDL gegründet wurde, war er in Nordrhein-Westfalen Mitglied der Jungen Union.

«Wir standen seinerzeit in der JU geschlossen hinter dem Schutz des ungeborenen Lebens», berichtet der Kommunalpolitiker. «Seither beobachte ich mit Schrecken, wie die Ge-

setzung in Fragen der Abtreibung immer mehr aufgeweicht wird.»

Heute steht der dreifache Familienvater der Haltung seiner eigenen Partei zu diesem Thema kritisch gegenüber. Der gläubige Katholik Certa kritisiert, dass die Stadt Usingen mit «Pro Familia» eine Organisation finanziell unterstützt, die in Hessen nicht nur in der Schwangerenkonfliktberatung tätig ist.

«Pro Familia betreibt in Hessen zugleich drei medizinische Zentren, in denen Abtreibungen durchgeführt werden», begründet Certa seine Kritik. «Dem Gesetz nach darf diese Verquickung eigentlich nicht sein.»

Für die Rechtswissenschaftlerin Baranowski ist es das schwindende Rechtsbewusstsein in der Gesellschaft in Fragen der Abtreibung, weshalb sie seit 2008 bei der CDL aktiv ist. (...)

Baranowski wendet sich gegen die lauter werdenden Forderungen auf ein Recht auf Abtreibung. Die CDL sehe sich als Lobby für das ungeborene Leben. Mit ihrem Engagement möchten Baranowski und Certa Frauen und Männer dazu ermutigen, Ja zum Leben ihres Kindes zu sagen.

«Ein Baby-Begrüßungsgeld in Höhe von umgerechnet 2400 Euro, wie es in Australien üblich ist, wäre ein solches Signal, dass Kinder in der Gesellschaft willkommen sind», sagt die CDL-Pressesprecherin.

«In Deutschland müsste der Staat statt Abtreibungen zu finanzieren, eine aktivere Familienpolitik betreiben. Wir brauchen in Deutschland bessere Unterstützungs- und Betreuungsangebote für Eltern in Not.»

Leider werde bei ungewollten Schwangerschaften im Jugendalter reflexartig die Abtreibung als einziger Ausweg propagiert. Es werde stets überlegt, ob die Jugendliche in ihrer Lebenssituation mit dem Kind klar komme.

«Niemand fragt, ob die Jugendliche mit der Abtreibung klarkommt», sagt Baranowski. «Das zweite Opfer einer Abtreibung ist immer die Frau. Sie steht meist alleine da.»

Hessenweit zählt die CDL mehr als 300 Mitglieder, allein 30 davon im Hochtaunuskreis.

Nähere Informationen im Internet unter <http://www.cdl-online.de>.



Protestmarsch gegen Abtreibung in Sachsen

Über einen Schweigemarsch der CDL im sächsischen Erzgebirge berichtete die evang. Nachrichtenagentur IDEA:

Im Erzgebirge haben rund 200 Personen für den Schutz ungeborener Kinder demonstriert. Unter dem Motto „Gegen den Zeitgeist – Abtreibung ist Unrecht“ zogen sie am 31. Mai 2010 durch die Innenstadt von Annaberg-Buchholz, um gegen die nach eigenen Angaben rund 1000 Abtreibungen pro Werktag zu protestieren.

Zugleich brachten sie ihre Trauer um die getöteten ungeborenen Kinder zum Ausdruck. An dem Protestmarsch, zu dem die „Christdemokraten für das Leben“ im Erzgebirge aufgerufen hatten, nahm auch der sächsische CDU-Fraktionsvorsitzende, Steffen Flath (Dresden), teil.

„Wir wollen nicht mit Fingern auf Personen zeigen, stattdessen aber beten und handeln für das Leben“, erklärte der Politiker während der Abschlusskundgebung auf dem Annaberger Marktplatz.

In der anschließenden Fürbitte beteten die Veranstalter auch dafür, dass kirchliche Amtsträger mutiger für den Schutz des ungeborenen Lebens eintreten.

Der Vorsitzende des CDL-Kreisverbandes Erzgebirge und Organisator

Thomas Schneider (Breitenbrunn) erklärte: „Wir wollen nicht nur reden, sondern endlich auch ein Zeichen setzen.“

Eine kleine Gruppe von Rechtsextremisten versuchte, den Marsch für ihre politischen Äußerungen zu nutzen. Als die Rechtsradikalen der Aufforderung der Veranstalter nicht nachkamen, ihre Plakate zu entfernen, schritten Polizeikräfte ein. Sie nahmen die Personalien von 16 Störern auf und leiteten gegen mehrere Personen ein Verfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung ein.

Beispielhaft: CDL Köln „Woche für das Leben“

Für die CDL Köln berichtet Roswitha Blied, daß sie während der „Woche für das Leben“ einen Infoabend der CDL an der vielbesuchten Basilika St. Aposteln in der Kölner Innenstadt durchführen konnten.

Außerdem sprach Rechtsanwalt Leo Lennartz über das Thema „Vorsorge für den Ernstfall – aber wie?“ - Ca. 40 bis 50 Zuhörer waren in die Aula der Gemeinde gekommen. Das Referat des CDL-Vorstandsmitglieds Lennartz war sehr klar, informativ und anschaulich - es fand reges Interesse.

So war es ein gelungener Beitrag für die die bundesweit kaum beachtete „Woche für das Leben“ und für den Lebensschutz am Anfang wie am Ende.

Organisierte Beihilfe zum Suizid durch die gesetzliche Hintertür?

Am 7. Mai 2010 wurde der Entwurf eines neuen Gesetzes zum § 217 StGB in den Bundesrat eingebracht mit dem erklärten Ziel, Werbung für Suizid-Beihilfe zu bestrafen.

Schon seit langem will die Politik dem Wirken von Sterbehilfeorganisationen und vereinen wie Dignitas oder Dr. Roger Kuschs Sterbehilfe e.V. eine deutliche Absage erteilen.

Nun hat der SPD-Justizminister von Rheinland-Pfalz aktuell im Bundesrat dazu einen richtungsweisenden Vorstoß gemacht, der allerdings die ursprüngliche Intention in ihr krasses Gegenteil verkehrt.

Denn der Gesetzesentwurf bestätigt ausdrücklich die Straflosigkeit der Beihilfe zum Selbstmord und will in einem neuen § 217 StGB geschickt nur die Werbung dafür unter Strafe stellen.

Aktive Öffentlichkeitsarbeit und weitreichende Informationen über Suizid und „Sterbehilfe“ sind damit ausdrücklich erlaubt, soweit keine kommerziellen Beweggründe nachweisbar sind.

Darüber hinausgehend unterstreicht der Gesetzesentwurf in seiner Begründung sogar ausdrücklich die Zulässigkeit von gewerblicher oder organisierter Beihilfe zum Suizid, was die vehementen Befürworter der „Sterbehilfe“ zu Recht als großen Erfolg feiern könnten..

Wer aber fatalerweise nur die Werbung für Beihilfe zum Selbstmord unter Strafe stellen will, kuriert an Symptomen und nicht an der Krankheit.

Deshalb ist der Gesetzesentwurf in keiner Weise geeignet, die Ausnutzung der „Augenblickssituation einer Lebenskrise verzweifelter Menschen“ (Zitat aus der Begründung) zu verhindern.

Gerade erst hat Prof. Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, in diesem Zusammenhang herausgestellt, daß der Todeswunsch in aller Regel Ergebnis einer Depression ist.



RADTOUR für das Leben: Zum Muttertag am 9. Mai 2010 beteiligten sich ca. ein Dutzend Mitglieder der CDL Berlin an einer öffentlichkeitswirksamen Radtour durch Berlin, um ihren Müttern für ihre persönliches „JA zum Leben“ zu danken. Einen ausführlichen Bericht und zahlreiche Fotos finden Sie auf der Webseite der CDL-Berlin: www.cdl-berlin.de.

Suizidgefährdete Menschen sterben nicht etwa durch Werbung für Beihilfe zum Selbstmord, sondern durch die Beihilfetat selbst.

Die Argumentation, daß ein solches Gesetz die Menschen vor der Annahme eines manipulativen Angebots der Suizidbeihilfe schützen soll, welches ihrem frei verantwortlichen Selbsttötungswillens nicht entspricht, will dazu glauben machen, daß es einen frei verantwortlichen Suizidwillen gibt.

Dann aber wäre es uneingeschränkt legitim und legal, diesem Willen zu entsprechen und dürfte dann sogar weder Ärzten noch Pflegern oder anderen untersagt werden, selbst wenn es gewerblich oder kommerziell motiviert sein sollte.

Abgesehen davon, daß sich heute profitorientierte Werbung und sonstige Public-Relations-Maßnahmen nicht mehr hinreichend genau unterscheiden lassen (wie der Fall Kusch belegt) machte es bei der jetzt vorgelegten Gesetzesbegründung auch keinen Sinn, wenn das neue Gesetz Werbung für eine Tat bestrafe, die selbst straffrei bleibt.

Angesicht von weit über 100.000 Selbstmordversuchen jährlich droht damit die Gefahr, daß zunehmend Menschen in einer schwierigen Lebenskrise eine wirklich notwendige Hilfe zur Bewältigung ihrer bedrohlichen Situation weiter verlieren und stattdessen - wie z.B. in der Schweiz - künftig Beihilfe durch spezialisierte Tötungsexperten sogar legitimiert wird.

Die Gefährlichkeit des vorgelegten Gesetzesentwurfes liegt darin, daß er das Tor zum assistierten Suizid auch in Deutschland weit öffnet.

Denn nicht die Werbung machen aus einer guten Tat eine schlechte, sondern das Angebot der Beihilfe zur Selbsttötung selber ist das moralisch Verwerfliche.

Eine menschliche Gesellschaft darf nicht den scheinbar leichten Weg des Todes anbieten, sondern sie muß ein Umfeld schaffen, in dem die Beihilfe zu einem vorzeitigen Tod erst gar nicht angeboten wird. Palliativmedizin und Hospiz-Fürsorge sind hier die richtigen Wege, keinesfalls aber als Placebo nur ein bloßes, vages „Werbeverbot“ für Suizidbeihilfe.

„Anschlag auf das Lebensrecht!“

Der Europa-Abgeordnete der CSU, Bernd Posselt (CDL-Mitglied), übte scharfe Kritik an einem Initiativ-Bericht zur „Gleichstellung von Frauen und Männern“, der vom Europaparlament im Frühjahr mit einer Mehrheit von Sozialisten, Grünen, Kommunisten und Liberalen gegen die Stimmen von Christdemokraten und Konservativen verabschiedet wurde.

Der Text sei zwar „politisch abwegig und juristisch Gott sei Dank bedeutungslos“, fordere aber einen „ungehinderten Zugang zu Verhütung und Abtreibung“. Damit mißbrauche das vom Frauenausschuß des Europaparlaments erarbeitete Papier das wichtige Anliegen der Gleichstellung für den Versuch, den Lebensschutz zu unterminieren.

Direkt nach der Abstimmung hatte Posselt im Straßburger Plenum folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

„Ich bin sehr froh, daß wir Christdemokraten von der EVP-Fraktion gegen diesen fürchterlichen ideologischen Bericht gestimmt haben. Es ist ein Anschlag auf das Lebensrecht ungeborener Kinder und das Subsidiaritätsprinzip. Ich bin vor allem entsetzt über die Art und Weise, in der die Liberalen sich zum Handlanger der Linken gemacht haben.“

Werbung gegen das Leben

In Großbritannien soll demnächst auch im Fernsehen für Abtreibung geworben werden. Angesichts überdurchschnittlich hoher Abtreibungszahlen in diesem Land erscheint dies makabre Vorhaben noch unverständlicher und skandalöser. Die Werbespots werden von „Maria Stopes International“, einer Pro-Abtreibungsorganisation hergestellt.

Offenbar geht es darum, ein weiteres Tabu zu brechen und die Tötung eines ungeborenen Kindes noch „selbstverständlicher“ erscheinen zu lassen.

Während Zigaretten-Reklame wegen der gesundheitlichen Schäden des Glimmstengels auch in England verständlicherweise verboten ist, darf nun sogar die Kindstötung im Mutterleib beworben werden – Welch verkehrte Welten!

Eine 60-Jährige bekommt Zwillinge

Im kanadischen Calgary hat eine 60-Jährige Anfang Februar 2009 Zwillinge geboren. Die beiden Jungen mußten 7 Wochen vor dem eigentlichen Geburtstermin per Kaiserschnitt auf die Welt gebracht werden. Zuvor war bereits ein ungeborenes Baby aufgrund medizinischer Komplikationen abgetrieben worden.

Hinter dem sensationellen Fall, dem ersten in Kanada überhaupt, verbirgt sich eine tragische Lebensgeschichte.

Die 60-jährige Frau, die ursprünglich aus Indien stammt, hat ihr ganzes Leben lang versucht, auf natürliche Weise ein Kind zu bekommen. Seit ihrer Hochzeit vor 43 Jahren versuchte sie, ihre Ehe mit einem Kind zu krönen.

Doch alles blieb vergeblich. Nach drei Fehlgeburten und Operationen an der

Gebärmutter wandte sie sich an einen indischen Befruchtungs-Spezialisten, der ihr jedoch nicht half, sondern sie um ihr gesamtes Vermögen betrog. Vor einem Jahr kehrte sie erneut in ihre Heimat zurück, um sich dort eine Eizelle einsetzen zu lassen. Kanadische Ärzte hatten ihren Wunsch zuvor verweigert.

Die ungewöhnliche Geburt löste weltweite Diskussionen um die Fragwürdigkeit künstlicher Befruchtungen aus: „Wir können so viel machen, aber die Frage ist, ob wir es machen sollten, bloß weil es medizinisch möglich ist“, erklärte der Geburtshelfer Colin Birch.

Ganz einzigartig ist der Fall jedoch nicht: im Jahr 2006 hatte eine 67-jährige Spanierin ebenfalls Zwillinge zur Welt gebracht. Auch in Deutschland gibt es eine Spätgebärende: Ende 2007 gebar in Aschaffenburg eine 64-jährige Frau ein Baby.

Brakelerin führt Unions-Initiative

Margarete Knoke neue Bezirksvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“

■ **Brakel (sb).** Eine Brakelerin ist neue Bezirksvorsitzende der Christdemokraten für das Leben (CDL). Margareta Knoke löst den Extertaler Carlo Johannsmeier ab. Die CDL ist eine Initiative der CDU/CSU, die sich für den Lebensschutz einsetzt und unter anderem gegen die Abtreibung kämpft.

„Ich hätte gerne jemand Jüngeren als mich“, sagte Knoke direkt nach ihrer Wahl. Aber Carlo Johannsmeier ist beruflich zu stark eingespannt und wollte entsprechend kürzer treten. Der Extertaler Familienvater ist nur noch Beisitzer.

Bertwin Kühlmann (Bad Driburg) und Elisabeth Meierfrankenfeld (Borchen) unterstützen Knoke als Stellvertreter. Bodo Kaiser (Borchen) ist Schriftführer, der Brakeler Rechtsanwalt Christoph Rust Pressesprecher. Neben Carlo Johannsmeier wurden Tanja Johannsmeier (Extertal), Bernhard Meierfrankenfeld



Neuwahl: Der neue Bezirksvorstand der Unions-Initiative CDL mit (v.l.) Sonja von Zons, Bertwin Kühlmann, Carlo Johannsmeier, Elisabeth Meierfrankenfeld, Ursula Rusche, Ortrud Stellmann, Margareta Knoke, Landtagsabgeordneter Hubertus Fehring, Tanja Johannsmeier und Bernhard Meierfrankenfeld.

FOTO: SEBASTIAN BUOB

(Borchen), Ursula Rusche (Brakel), Ortrud Stellmann (Dringenberg) und Sonja von Zons (Rheda-Wiedenbrück) zu Beisitzern gewählt.

Margareta Knoke zeigte sich in ihrer neuen Rolle bereits sehr aktiv und hat zwei Initiativan-

träge gegen Abtreibung für den CDU-Landesparteitag in Münster vorbereitet. Da die CDL als Initiative nur ein Vorschlagsrecht hat, will Knoke ihre Vorschläge mit CDU-Kreisgeschäftsführer Klaus Funnemann abstimmen.

Für Schutz menschlichen Lebens

Wallfahrer gingen von St. Peter über das Hochgericht zum Lindenberg

St. Peter/Schwarzwald. Rund 60 Pilger machten sich trotz Regen und Windböen auf den Weg, um den Kreuzweg für das menschliche Leben, organisiert von den Christdemokraten für das Leben (CDL), anlässlich der schon zur Tradition gewordenen Wallfahrt in der Fastenzeit über das Hochgericht auf den Lindenberg zu beten. Diesmal wurde besonders an den einzelnen Kreuzwegstationen den Anliegen der vielen Abtreibungen, Euthanasie und der Opfer von Missbrauch und Gewalt gedacht.



An die 60 Pilger machten sich auf den Weg, um den Kreuzweg für die Würde des Menschen und das menschliche Leben an den 14 Stationen des Kreuzweges zu beten.

Foto: CDL

Anschließend fand in der Wallfahrtskirche Maria Lindenberg eine Eucharistiefeier für die ungeborenen Kinder mit Pfarrer Bernhard Eichkorn aus Villingen statt. Dabei erinnerte Eichkorn in seinen Einführungsworten an das Gebot der Menschenwürde und das Lebensrecht der ungeborenen Kinder. Gerade vor dem Osterfest gedenken die Christen an den Tod und die Auferstehung von Jesus Christus. Gott hat jeden Menschen nach seinem Bild geschaffen und ihm deshalb eine Würde zukommen lassen, die unantastbar ist. Am Beginn

des Kreuzweges zeigte sich der CDL-Landesvorsitzende Josef Dichgans aus Überlingen hoch erfreut darüber, dass Erzbischof Robert Zollitsch aus Freiburg, gleichzeitig Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, dieses Gebetsanliegen für den Schutz des menschlichen Lebens unterstützt. Auf diese Weise wird deutlich, dass dieses gemeinsame Anliegen tief in der Gesellschaft verwurzelt ist. Zum Gebet des Kreuzweges für den Schutz des menschlichen Lebens

treffen sich seit mehr als 20 Jahren Mitglieder der CDL sowie Freunde des Lebensschutzes aus allen Teilen des Landes, um für die ungeborenen Kinder sowie deren Mütter und Väter zu beten. In diesem Jahr wurde aus aktuellem Anlass auch für die Jugend, für die Opfer von Missbrauch und Gewalt gebetet. Jeder Fall in und außerhalb der Kirche, sei einer zu viel. Es sei nicht die Institution Kirche, die hier gesündigt habe, sondern die jeweiligen Menschen.

Prof. Dr. med. Rötzer: 90

Den folgenden informativen Artikel erhielten wir von unserem CDL-Mitglied Frau Dr. med. Hedwig Förster aus Frankfurt:

Prof. Dr. med. Josef Rötzer feierte am 21. März seinen 90. Geburtstag. Er ist der erste Autor einer symptomthermalen Methode der Natürlichen Empfängnisregelung (NER) und Präsident des 1986 für den deutschen Sprachraum gegründeten Instituts für Natürliche Empfängnisregelung (INER).

Prof. Rötzer begann seine Forschungen 1951 mit Hilfe seiner Ehefrau. Bald gewann er in seiner lebenswü-

rdigen und zugleich sachlich-naturwissenschaftlichen Art viele Frauen und Ehepaare für eine Mitarbeit. 1965 erschien sein Lehrbuch der Symptomthermalen Methode, das mit 41 Auflagen und einer Übersetzung in 16 Sprachen ein Selbstläufer wurde: Josef Rötzer, Natürliche Empfängnisregelung – der partnerschaftliche Weg.

Diese Methode nach Prof. Rötzer ist seit vielen Jahren aufgenommen in die medizinischen Lehrbücher der Frauenheilkunde mit der Angabe, daß die Verlässlichkeit (um bewußt ein Kind anzustreben oder zu vermeiden) im prozentualen Ergebnis mit chemischer und mechanischer Verhütung gleichwertig ist, ja diese sogar übertreffen kann.

1980 konnte Prof. Rötzer Papst Johannes Paul II. und den versammelten Bischöfen bei der Weltbischofssynode in Rom seine Erkenntnisse der NER vortragen. Aufgrund seiner großen Verdienste für Ehe und Familie wurde ihm 1990 und 2002 ein päpstlicher Orden verliehen.

Heute wird das Lebenswerk von Prof. Rötzer engagiert weitergeführt von Elisabeth Rötzer, der Tochter und seit 35 Jahren Mitarbeiterin des Vaters. Wir wünschen Prof. Rötzer zum 90. Geburtstag Gottes Segen und empfehlen einen Besuch der Homepage seines Institutes: www.iner.org



TERMIN-Auswahl

10.6.2010

Landesmitgliederversammlung: CDL Baden-Württemberg in Villingen-Schwenn.

27. bis 29.8.2010

Info-Stand beim Kongreß „Freude am Glauben“, Fulda

18.9.2010

Marsch für das Leben in Berlin

23.10.2010

CDL-Bundesmitgliederversammlung in Mainz

14. bis 16.11.2010

CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe

Ihre Mail-Adresse bitte!

Immer mehr Infos und Aktionen laufen heute über unseren E-Mail-Verteiler. Daher bitten wir alle CDL-Mitglieder, uns - falls noch nicht geschehen - ihre Mailadressen zu nennen, damit wir stets aktuell und schnell informieren können. Wir freuen uns auf Ihr Mail-Info!

Impressum:

Christdemokraten
für das Leben e.V.
48167 Münster, Schlesienstr. 20
Telefon: 02 51 - 6 28 51 60
Telefax: 02 51 - 6 28 51 63
E-Mail: info@cdl-online.de
Internet: www.cdl-online.de

Redaktion:
Mechthild Löhr
Odila Carbanje



Ökumenischer Kirchentag 2010: Bernd Kreuel, Mechthild Löhr, Odila Carbanje. Die CDL hatte einen Gemeinschafts-Infostand mit TCLG, KALEB, Jugend für das Leben und ALfA München. Viele gute, teils auch kontroverse Gespräche konnten geführt und neue Mitglieder gewonnen werden.

Marsch für das Leben mitten in Berlin

Der „Marsch für das Leben“, der seit Jahren im Herbst in Berlin stattfindet, versteht sich als mahndendes Zeugnis für das ungeborene Leben und als eindringlicher Aufruf an Politik und Gesellschaft, das unerträgliche Unrecht der Abtreibung nicht länger gleichgültig hinzunehmen.

Die Menschenrechte sind unteilbar und müssen für alle Menschen gelten! Das Recht auf Leben ist das erste und entscheidende Menschenrecht!

Diesmal beginnt die Prolife-Kundgebung am Samstag, dem 18. September um 13 Uhr am Neptunbrunnen (beim Rotem Rathaus), danach folgt der Schweigemarsch fürs Leben mit weißen Holzkreuzen hin zur St. Hedwigs-Kathedrale. Um 15 Uhr versammeln sich die Lebensrechtler dort zum gemeinsamen ökumenischen Gottesdienst.

Bilden Sie bitte Fahrgemeinschaften und laden Sie Freunde, Verwandte

und Bekannte ein, sich an diesem öffentlichen Signal für das Leben in Deutschlands Hauptstadt zu beteiligen. – Weitere Infos unter: www.marsch-fuer-das-leben.de.

Statistisch gemeldete Abtreibungen im 1. Quartal 2010 nach Bundesländern:

Deutschlandweit	29.795
Baden-Württemberg	2937
Bayern	3018
Berlin	2725
Brandenburg	1026
Bremen	709
Hamburg	1244
Hessen	2469
Mecklenburg-Vorpommern	798
Niedersachsen	2231
Nordrhein-Westfalen	6346
Rheinland-Pfalz	1118
Saarland	514
Sachsen	1660
Sachsen-Anhalt	1067
Schleswig-Holstein	928
Thüringen	1005

Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer Spende!

Spendenkonto:

Sparkasse Meschede, Konto Nr. 2584, BLZ: 464 510 12

P.S.: Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung.

Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt!

Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.